

Strategien gegen die Machtübernahme von Rechtsextremen

Arne Semsrott veröffentlichte 2024 sein Buch „Machtübernahme. Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren. Eine Anleitung zum Widerstand“. Gerade scheint es so, als wären wir schon fast in dem Szenario, das der Politologe und Demokratieaktivist Semsrott als mögliches darin beschrieben hat.

Ein Gespräch darüber, was jetzt konkret zu tun ist!

Wie müssen die Strategien jetzt aussehen? Oder was würdest du vorschlagen?

Vorab: Es ist wichtig festzuhalten, dass wir in einem politischen Moment sind, in dem es tatsächlich erstmals voll angemessen ist, verzweifelt zu sein, sich hoffnungslos zu fühlen und/oder auch erschöpft zu sein. Wir sollten das anerkennen und dem Raum

geben, ebenso wie der Trauer. Der nächste Schritt ist sich umzuschauen und festzustellen, dass es vielen Menschen so geht wie uns: Viele wollen, dass es anders ist. Das ist der wichtigste Ansatzpunkt für ein weiteres Engagement. Denn dann können wir sehen, dass wir in den vergangenen Jahren eine Organisation und eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft erfahren haben,

die es in den Jahrzehnten davor gar nicht gab. Es gibt also ein enormes Potenzial. Beginnen wir mit den 9 Millionen Menschen, bundesweit, die sich im Sommer der Migration engagierten, ebenso in den antirassistischen und hoch demokratischen Protesten, die sich danach in großen Bündnissen bildeten. All die Menschen, die Teil davon waren, sind ja nicht weg – nur weniger sichtbar. Wichtig ist,

das Engagement sichtbar zu machen, das es nach wie vor gibt, es anzuerkennen, sich zu verbünden und gegenseitig zu stärken.

In deinem Buch beschreibst du, wie sehr sich die Entwicklung der politischen Situation anhand des Themas Migration ablesen lässt und wie sich die öffentlich-rechtlichen Medien in ihrer Berichterstattung positionieren. Welche Erklärung hast du dafür?

Bei den öffentlich-rechtlichen Medien gibt es unterschiedliche Ebenen. Eine ist, dass dort auch Menschen arbeiten, die selbst rechts sind und ebenso Menschen, die faschistische Einstellungen vertreten. Das ist also durchaus auch ein Abbild der Gesellschaft. Viele wollen dort, dass die Berichterstattung, wie es sie derzeit gibt, dann auch so abläuft. Das ist keine grüne Wiese, auf der es schöner ist als beim Rest der Gesellschaft.

Zudem gibt es zwei Konzepte in den öffentlich-rechtlichen Medien, wo man ansetzen müsste und die man ändern könnte. Zum einen gibt es eine riesige Angst bei den Verantwortlichen in den Führungspositionen vor insbesondere rechten Medien und Akteuren. Ich spreche hier von diesem Lügenpressegejaule, das von den Rechts-extremen seit vielen Jahren zu hören ist. Dieses war extrem effektiv in den Führungsetagen. Es hat dort enorm eingeschüchtert. Gerade in den Chefetagen bräuchte es Menschen, die sich vor ihre Beschäftigten und vor diejenigen stellen, die bedroht werden, weil sie die Öffentlich-Rechtlichen als Institution der Demokratie offensiv verteidigen. Genau das passiert nicht, sondern wir sehen größtenteils ein Einknicken und eine große Angst. Hier braucht es viel mehr demokratisches Selbstbewusstsein.

Die nächste Ebene ist, was in den Redaktionen an Reaktionen ankommt, oft ein Zerrbild ist, weil von rechts sehr viel organisiert Stimmung gemacht wird. Wenn man sich also mit Leuten der öffentlich-rechtlichen Medien unterhält, erfährt man beispielsweise, dass sie nach Sendungen zum Thema Migration, ein Vielfaches mehr an Zuschriften von rechts bekommen, als aus dem progressiven Teil der Gesellschaft. Da wird geschimpft, kritisiert und beleidigt. Somit entsteht ein Zerrbild, das wiederum in die Redaktionskonferenzen Eingang findet. Demokratische

Aus dem gegenseitigen Rückhalt entsteht Solidarität

Grundprinzipien der öffentlich-rechtlichen Medien werden gezielt genutzt, um dieses Zerrbild herzustellen. Es müssten also alle mehr Zuschriften an die Redaktionen schicken – vor allem, wenn man bestimmte Berichterstattung gut findet.

Die Leute müssten mutiger werden und klare Kante zeigen oder?

Ja auf jeden Fall. Das gilt ja nicht nur für die öffentlich-rechtlichen Medien, aber da ganz besonders.

In deinem Buch schreibst du sehr genau, wie der Rechtsstaat funktioniert, beispielsweise

welche Möglichkeiten man für Anfragen hat. Was muss man wissen, um tatsächlich effektive Gegenstrategien entwickeln zu können?

Vorneweg – ich hatte viele erfolgreiche Kampagnen, bei denen ich nicht wusste, warum die erfolgreich sind. Man muss ein System nicht verstehen, um es zu verändern. Das Wichtigste ist, wie man auf andere Menschen zugeht. Dass man sich als Teil einer Gesellschaft versteht, in der man miteinander solidarisch sein will, sich in die Augen schaut. Klein anfangen und Grundsätzliches tun: In der Nachbarschaft Leute grüßen und schauen, geht's meiner Nachbarin gut? Ihr vielleicht anbieten, den Einkauf zu machen, wenn es ihr nicht gut geht. Diese Basics sehen wir ja in vielen verschiedenen Systemen. Da, wo Vertrauen besteht, wo Leute einander unterstützen, da haben es demokratische Bewegungen viel einfacher. Das kann zum Beispiel in einem Mehrpartei-enhaus bedeuten, dass man eine Chatgruppe mit allen Nachbar*innen einrichtet. Erst geht es vielleicht nur darum, falsch abgegebene Pakete zu koordinieren oder ähnliche Dinge. Doch das sind dann Kommunikationsmittel, die man schnell einsetzen kann, wenn beispielsweise die Heizung ausgefallen ist oder man ein Problem mit dem Vermieter hat, aber auch, wenn eine Abstimmung in der Nachbarschaft stattfindet und man dagegen vorgehen will. Das ist die Grundstruktur. Wenn man Interesse hat und weitergehen will, kann man versuchen, Systeme zu verstehen und mehr Mittel zu nutzen. Doch ich glaube nicht, dass wir alle jeder für sich die Welt verändern müssen. Das funktioniert nicht – zu viel Verantwortung. Nicht alle müssen sämtliche Systeme durchdringen, sondern es fängt in diesem Klei-

nen an: Also dahin zu gehen, wo andere Menschen ähnlich ticken wie man selbst. Aus einem gegenseitigen Rückhalt entsteht dann Solidarität.

Was machst du persönlich, wenn du auf jemanden triffst, der rechtsextrem oder unbelehrbar ist, sodass eine Unterhaltung nicht möglich ist, etwa aus der Familie?

Wenn wir es tatsächlich mit Menschen zu tun haben, die ein gestörtes rechtsextremistisches Weltbild haben, dann ist es schwer, sie davon loszulösen. Das ist wie ein Leben auf einem anderen Stern. Ich denke, es ist eine wichtige Entscheidung für eine*n selbst, ob man Energie darauf verwenden will, damit umzugehen oder ob man lieber auf sich selbst achten will oder – was ich auch sehr wichtig finde –, auf die Umgebung dieser Person. Ist es ein Onkel, der rassistische Sprüche von sich gibt, dann kann ich mich mit ihm immer wieder auseinandersetzen. Ich kann aber auch schauen, was für Auswirkungen hat das zum Beispiel auf meine Cousinen und mich um diese kümmern. Sich nur auf diese eine Person zu fokussieren, ist nicht unbedingt der Weg, den ich gehen würde. Wenn man eine Verbindung nicht verlieren will, funktioniert es am ehesten über einen emotionalen Kontakt. Beispielsweise könnte ich sagen: Mir tut das weh, wenn du so etwas sagst. Oder ich will nicht, dass in meiner Umgebung so etwas passiert.

Mein Weg ist grundsätzlich so, dass ich meine Aufgabe eher darin sehe, zu zeigen, wie schön es ist, wenn Leute gut miteinander umgehen; also weniger auf diejenigen zuzugehen, die andere Menschen diskriminieren und versuchen sie zu überzeugen, sondern eher zeigen: Hey, guck

mal, wie schön es ist, wenn alle Freude miteinander haben, um die Anziehungskraft dieser Bubbles zu stärken.

In Talkshows treten AfD-Leute auch auf. Man hat den Eindruck, dass deren Argumente so viel mächtiger wirken als die von allen anderen. Das hast du auch in deinem Buch geschrieben, dass diese Faktenchecks nicht direkt gemacht werden, sondern erst im Nachhinein, die dann niemand mehr anschaut.

Ja, diese Formate sind nutzlos. Die ursprüngliche Prämisse bei demokratischen Diskussionen ist ja, dass man einen Raum findet, in dem sich alle auf die gleichen Diskussionsregeln einigen. Auf dieser Basis agieren dann alle gemeinsam miteinander. Wenn aber eine Person nach anderen Regeln spielt, etwa Zahlen angibt, die nicht den Fakten entsprechen, dann kann man mit der Person auch nicht diskutieren wie mit anderen. Noch immer müssen Politiker*innen und andere Gäste in Sendungen nicht exakt nachweisen, woher ihre Zahlen, Daten und Behauptungen stammen. Das gilt nicht nur für rechtsextreme Menschen. Die Richtigstellungen im Faktenscheck der einzelnen Sender schaut später niemand mehr an. Rechtsextreme Politiker*innen in einen demokratischen Diskurs einzuladen, macht diesen Diskurs automatisch kaputt und es gibt bislang keinen Weg damit umzugehen. Deswegen sind solche Formate von Anfang an zum Scheitern verdammt.

Welche Strategien würdest du einzelnen Menschen und Gruppen, die sich schon bereits engagieren, noch empfehlen?

Niemand muss ein neues Projekt starten. Der wichtigste erste Schritt, wenn man sich engagieren will, ist, dort hinzugehen, wo andere Menschen schon etwas tun. In Deutschland haben wir das große Glück, dass es überall – bis ins kleinste Kaff hinein – demokratische Projekte gibt. Sei es das Nachbarschaftscafé, die solidarische Kneipe oder das Freeware Café. Es gibt total viel. Dort sich anschließen und engagieren! Das könnte ein erster Schritt sein.

Arne Semsrott leitet die Recherche- und Transparenzplattform FragDenStaat. Er ist Politikwissenschaftler und Journalist. Mit dem Freiheitsfonds befreit er Menschen aus dem Gefängnis.

In Arne Semsrotts aktuellem Buch **Gegenmacht: Die Zivilgesellschaft schlägt zurück** geht es vor allem darum, wie wir in die Offensive kommen.

Am 4. Juni 2026 liest der Autor im Bellevue di Monaco in München.



Demos sind ebenso ein Anfangspunkt. Hier sieht jede*r, wie viele andere Leute sich auch engagieren. Das ist an sich schon heilsam und man kommt raus aus dem Gefühl der Ohnmacht.

Wie siehst du die Rolle der Gewerkschaften in Bezug auf Strategien und Widerstand?

Den Gewerkschaften kommt eine ganz besondere Verantwortung zu. Sie sind die stärksten Organisationen mitten in der Stadt. Zudem sind sie unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen die mächtigsten, die es in Deutschland gibt. Sie haben einen sehr konkreten Hebel, um etwas ändern zu können: den Streik. Das ist eine enorme Macht, die in den letzten Jahrzehnten viel zu selten genutzt wurde. Die Zahl der Streiks in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern lächerlich gering. Gewerkschaften müssten sich stärker als demokratieverteidigende Organisationen begreifen und nicht nur als Organisationen in der Sozialpartnerschaft, in der man sich wegen ein paar Zehntel Prozent Differenz spaltet. Das werden wir jetzt im Hinblick auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im September sehen. Dort gibt es Gewerkschaften, die sich sehr klar positionieren, und zwar: Rechtsextreme in der Regierung geht mit uns nicht. Wenn das passiert, gehen wir auf die Barrikaden. Das ist die Ansicht vieler Leute an der Basis. Nicht jedoch bei den Funktionär*innen der Gewerkschaften. Deswegen ist es umso wichtiger, die Menschen an der Basis zu stärken.

Wie konnte die Stimmung beim Thema Migration so kippen trotz vielversprechendem Anfang?

Nehmen wir mal wieder den Sommer der Migration. Das ist, wenn

man das so sehen will, die größte Bürgerrechtsbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Wenn man von 9 Millionen Menschen ausgeht, die sich engagiert haben und die das nicht nur gut gefunden haben. Sie haben selbst etwa Kleidung, Essen, Wohnplätze organisiert. Auf diese Zeit der größten Bürgerrechtsbewegung wird heute so geschaut, als sei es eine Zeit gewesen, die danach von Kampagnen begrenzt wurde, in dem Sinn, dass Menschen naiv den Staat überfordert haben. Das ist ja nicht das, was passiert ist. Was wirklich passierte, war, dass Leute mit ihnen Unbekannten solidarisch

*Es geht
darum,
jetzt
Strukturen zu
schaffen*

waren, und dann vom Staat im Stich gelassen wurden. Vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer verraten, der 2018 die Migration als die Mutter aller Probleme bezeichnete. Und während sich die Leute engagierten und dabei teilweise ausbrannten, haben sich andere Leute in ihren Chefetagen hingesetzt und Essays darüber geschrieben, warum wir das alles nicht schaffen können.

Für mich ist das eher ein Diskursproblem als ein Problem der Fakten, weil sehr klar wurde: Wir schaffen das. Und das ist auch vielfach passiert. Nur haben wir

dann zum Beispiel von Medien gelesen, wie *Die Zeit*, in der Chefredakteur Giovanni di Lorenzo am 12. Januar 2017 auf einmal schrieb, vielleicht sollten wir das doch lassen. Da sage ich: Es ist eher so, dass den Menschen, die sich engagiert haben, zu wenig Energie geblieben ist, auch noch diesen Diskurs zu gewinnen.

Du schreibst über Prepping, wie man sich also für den Ernstfall wappnen könnte. Kannst du das genauer erklären?

Ich spreche von einem Prepping for future – eine andere Form der Vorbereitung. Damit meine ich nicht dieses individualistische Prepping, bei dem sich eine Person auf einen Tag X vorbereitet, für einen Kampf, in dem alle gegen alle ums Überleben kämpfen, sondern ein gemeinsames und solidarisches Prepping. Es geht darum, miteinander zu überlegen, wie wir an einem Tag Y füreinander sorgen können. Das bedeutet dann, auch Vorräte anzulegen, aber nicht nur Toilettenpapier und Ravioli, sondern Vorräte an Verbindungen, Vorräte an dauerhaften Strukturen, Vorräte an Liebe. Ganz viele Ansätze dafür gibt es bereits, wie in den Nachbarschaftsinitiativen, in Häusergemeinschaften. Das alles sind Strukturen aus denen heraus Prepping for future bestehen kann. Man bereitet sich darauf vor, dass es eine Gesellschaft gibt, arbeitet aber auch daraufhin, dass es sie nicht gibt. Es soll ja kein euphorisches Projekt sein, bei dem man sich Landschaften herbeifantasiert. Sondern es geht darum, jetzt Strukturen zu schaffen, um gewappnet zu sein, die auch unabhängig von der Krise bestehen, weil es schön ist, Bindungen zu haben und zu leben.<

Das Gespräch führte Pezi Novi.